

POLITIK

Doppelte Staatsbürgerschaft und kommunales Wahlrecht im Wahlprogramm der FDP

Zaman, 20.03.2013, Titelseite

Die FDP hat die Forderung der doppelten Staatsbürgerschaft und des kommunalen Wahlrechts in ihr Wahlprogramm vor der anstehenden Bundestagswahl aufgenommen. Damit folgt sie der SPD.

Die FDP erklärt, dass die Muslime zur deutschen Gesellschaft dazugehören und fordert für die bessere Informierung der Gesellschaft die Gründung von Zentren für die Erforschung des Islam.

Im Parteiprogramm der FDP sind folgende Standpunkte zu finden: „Als Liberale wünschen wir uns mehr Offenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft. Wir fordern die Erleichterung zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft. Der Übertritt zur deutschen Staatsbürgerschaft muss bereits nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland möglich sein. Die doppelte Staatsbürgerschaft muss prinzipiell ermöglicht werden. Darüber hinaus gilt es, die Hürden für die politische Partizipation zu senken: Jeder, der seinen ordentlichen Sitz seit fünf Jahren in Deutschland hat, soll das kommunale Wahlrecht erhalten.“

Im Wahlprogramm der FDP wird betont, dass die Muslime ein fester Teil der deutschen Gesellschaft sind und sich dies in den Lehrplänen an den Schulen widerspiegeln muss. Deshalb hebt die FDP in ihrem Programm hervor, dass der Deutschsprachige islamische Religionsunterricht an Schulen einer natürlichen Folge und Umsetzung aufgrund der Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland entspricht.

Die FDP unterstreicht in diesem Zusammenhang den Dialog zwischen der Gesellschaft und den islamischen Verbänden. Gleichzeitig fordert die FDP von den islamischen Verbänden ihre Öffnung für die deutsche Gesellschaft:

„Wir unterstützen die Einrichtung von Lehrstühlen für Islamische Theologie, die Imame und Religionspädagogen ausbildet. Wir unterstützen die Errichtung von akademischen Zentren zur Erforschung des Islam, um die Informierung der Öffentlichkeit und behördlicher Einrichtungen zu gewährleisten.“

Türkischstämmige Abgeordnete im Landesparlament in NRW auf fünf gestiegen

Zaman, 20.03.2013, S. 5

In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der türkischstämmigen Abgeordneten auf insgesamt fünf Abgeordnete gestiegen. Aufgrund der internen Regelung bei den Grünen, wonach Abgeordnete, die auf Ministerposten berufen werden ihr Mandat abgeben müssen, rückten auf der Liste entsprechend die nachstehenden Kandidaten auf den nächsthöheren Listenplatz. *[Baş rückte für die NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens nach, Anm. M. K.]*

Dieses Prinzip sieht eine Trennung zwischen Amt und Mandat vor. Dadurch ist der Ahlemer Lehrer Ali Baş der insgesamt fünfte türkischstämmige Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Baş, der seine Klasse dieses Schuljahr unbedingt durch das Abitur begleiten wollte, konnte sein Mandat zunächst wahrnehmen.

Der 36-jährige Politiker, der in Dortmund an einem Berufskolleg als Lehrer für Englisch und Sozialkunde arbeitet, promoviert an der Münsteraner Wilhelms-Universität im Bereich Erziehungswissenschaften. Baş, der auch im Ahlemer Integrationsrat aktiv ist, ist einer der Mitbegründer des Arbeitskreis Grünen nordrheinwestfälischen muslimischen ‚Arbeitskreis Grüne Muslime in NRW‘.

Baş, der nach der gestrigen ersten Sitzung im Parlament mit der Zaman sprach erklärte, dass seine Parteifreunde sich mit ihm freuten und er für seine neuen Aufgaben bereit sei. Ali Baş wird in der Kommission für berufliche Bildung und interreligiösen Dialog seine Arbeit aufnehmen.

Im Interview nahm der Politiker auch Bezug auf seine Abiturklasse, die er nicht allein lassen wollte: „Wenn sie mit diesen jungen Menschen über drei Jahre hinweg sowohl beruflich als auch familiär zusammengearbeitet haben, dann ist es aus pädagogischer Sicht unerlässlich, sie bis zum Schluss zu begleiten, sie zu unterstützen und ihnen dadurch Sicherheit zu vermitteln. Es war mir sehr wichtig, meine Schüler bis zu ihren Prüfungen zu begleiten.“

Ein kleiner Sprung für die SPD, eine kleine Revolution für die CDU

Hürriyet, 18.03.2013, S. 11

In Deutschland finden am 22. September die Wahlen zum Bundestag statt. Im Zuge dessen werden nun die Kandidatenlisten der Parteien bestimmt und publik gemacht.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen wählte in Bielefeld Peer Steinbrück auf den ersten Platz ihrer Liste. Steinbrück konnte aber nicht alle Stimmen auf sich vereinigen. Steinbrück, der nach seiner Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers mit seinen Aussagen zu seinen Nebeneinkünften die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, erhielt von 395 Delegierten sechs Gegenstimmen und drei Enthaltungen.

Die Vorsitzende des Integrationsrates von Mönchengladbach, Gülistan Yüksel, wurde auf den zehnten Listenplatz der SPD gewählt.

Der Duisburger Mahmut Özdemir kam zwar auf den 60. Listenplatz, hat aber sehr gute Aussichten im Duisburger Wahlkreis direkt in den Bundestag gewählt zu werden.

Erstmals muslimische Kandidatin in der CDU

Die türkischstämmige CDU Kandidatin Cemile Giousouf wurde auf den 25. Platz gewählt. Giousouf wird die erste muslimische Kandidatin der CDU für den Bundestag sein. Trotz der Vorbehalte gegen Giousoufs Kandidatur, machte die Parteiführung den Kritikern gegenüber keine Zugeständnisse.

Sylvia Pantel, die um den Listenplatz mit Cemile Giousouf direkt konkurrierte kritisierte, dass Cemile Giousouf erst 34 Jahre alt ist und überdies neu in der Partei. Die 52-jährige Pantel, die ein langjähriges Mitglied in der CDU ist, beschwerte sich über den 45. Listenplatz. Während der Wahl konnte Giousouf 66% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, womit der Weg der türkischstämmigen Kandidatin in den Bundestag geebnet wurde. Sylvia Pantel hingegen erhielt 33% der abgegebenen Stimmen.

„Ich bin für meine Eltern, die als Arbeiter nach Deutschland kamen, Kandidatin geworden. Ich möchte, dass sie ihren Stolz darüber gemeinsam mit mir leben können“, erklärte Giousouf nach ihrer Wahl, woraufhin die Delegierten ihr stehend applaudierten. Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Armin Laschet, war einer der ersten, der Giousouf zu ihrem Erfolg gratulierte.

Er bezeichnete den Erfolg über den Listenplatz der muslimischen Kandidatin in der christlichen Partei als kleine Revolution.

Cemile mit sicherem Schritt auf dem Weg nach Berlin

Zaman, 18.03.2013, Titelseite

Die CDU hinterlässt ihre Handschrift im Zuge des neuen Kurss mit Blick auf die Abgeordneten mit Migrationserfahrung im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Der neue Kurs, den der CDU Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Armin Laschet bestimmt, fand während der Landesdelegiertenkonferenz in Münster seinen Widerhall. Armin Laschet erklärte im Vorfeld, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen mehr Frauen, mehr junge Menschen und mehr Menschen mit Migrationswurzeln einbeziehen will.

Die aus Westthrakien stammende Cemile Giousouf, die bereits von der CDU in Hagen als Kandidatin für den Bundestag vorgeschlagen wurde, konnte mit den Stimmen der Delegierten in Nordrhein-Westfalen auf den 25. Platz vorrücken. Sie konkurrierte direkt mit der Düsseldorferin Sylvia Pantel um diesen Listenplatz. Sylvia Pantel erhielt jedoch lediglich 33% der abgegebenen Stimmen auf der Landesdelegiertenkonferenz, wohingegen Giousouf 66% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Mit diesem Ergebnis kam Pantel auf den 45. Platz. Die Düsseldorfer CDU-Ratsherrin Pantel kritisierte Giousoufs junges Alter: „Wenn das insgesamt weiter so geht, werden wir von unserem bisherigen erfolgreichen Kurs abkommen. Wir können schließlich keine Unterscheidungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit vornehmen“, erklärte Pantel und kandidierte überraschender Weise um den 25. Listenplatz, was sich in der Kampfabstimmung zeigte.

Giousouf möchte ein Vorbild sein

Cemile Giousouf hat durch ihre Vorstellungsrede etliche Delegierte beeindruckt und dadurch 66% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Die 34-jährige Giousouf erinnerte daran, dass in der Stadt Hagen, in der sie als Kandidatin gewählt wurde, jeder Dritte einen Migrationshintergrund besitzt:

„Ich möchte zeigen, dass Deutschland jungen Menschen, die sich um ihre Bildung und Ausbildung bemühen, Chancen zuerkennt. Meine persönliche Geschichte soll ihnen, den jungen Menschen, Hoffnung geben und sie dazu ermutigen, Verantwortung zu übernehmen“, erklärte Giousouf mit großer Freude weiter:

„Das ist für mich ein besonderer Tag. Die CDU hat trotz all der Schwierigkeiten meine Kandidatur unterstützt und für meinen Weg, der mich hierher führte, große Mühen auf sich genommen. Als Frau,

die seit vielen Jahren in der Parteibasis arbeitet, ist mein Sieg ein wichtiges Zeichen. Es zeigt, dass die Integration ein außerordentlich wichtiges Thema für die Partei ist, das ernst genommen wird. Ich hoffe, dass meine Kandidatur sowohl für die Partei als auch für mein Meinesgleichen Glück bringend sein wird.“

Falls Cemile Giosouf aufgrund ihres aussichtsreichen Listenplatzes den Einzug in den Bundestag schaffen sollte, wäre sie die erste türkische und muslimische Abgeordnete der CDU.

INTEGRATION, MIGRATION

Professor Klaus Bade: Kleine Probleme werden übertrieben und der Gesellschaft vorgespiegelt
Hürriyet, 21.03.2013, S. 10

Der Integrations- und Migrationsexperte Professor Klaus Bade stellte sein neuestes Buch „Kritik und Gewalt“ vor. An dem Panel, das von der Mercator-Stiftung organisiert wurde, nahmen der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir, die stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD Aydan Özoğuz, der Vorsitzende CDU Nordrhein-Westfalen Armin Laschet und Dr. Naika Foroutan von der Berliner Humboldt Universität teil.

Cem Özdemir erklärte, dass das Buch „Kritik und Gewalt“ den Kurs in Deutschland vorgeben werde: „Die Türken denken, dass die Deutschen alles perfekt machten. Aus diesem Grund sind die Versäumnisse mit Blick auf die NSU-Morde so schockierend. Meine Mutter schimpfte regelmäßig mit mir, wenn ich Deutschland kritisierte und ermahnte mich, dass ‚sie‘, die Deutschen, so etwas nicht täten.

Professor Bade erklärte zu seinem Buch: „Wir müssen hinsichtlich der dritten und vierten Generation anstelle über die Integration, über eine Gesellschaftspolitik diskutieren. Es gibt in Deutschland kein Integrationsproblem. Eine Handvoll kleinerer Problem wird übertrieben und der Gesellschaft vorgeführt. Cem Özdemir und Aydan Özoğuz sind die Beispiele dafür, dass es hier keine Integrationsprobleme gibt.“

NSU, NPD-VERBOT, RECHTSEXTREMISMUS

Regierung: Nein zum NPD-Verbot
Opposition: Wer nicht kämpft hat verloren
Hürriyet, 21.03.2013, S. 11

Die Bundesregierung erklärte gestern nach der Versammlung des Kabinetts, dass sie keinen Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht stellen wird. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der für die die Entscheidung der Bundesregierung sprach erklärte, dass die Regierung den Verbotsantrag des Bundesrats zwar respektiere, als Regierung jedoch keinen Anlass dazu sehe, einen eigenen Verbotsantrag zu stellen. Dennoch werden sowohl die Bundesregierung als auch das Bundesinnenministerium und der Verfassungsschutz während des Antrags den Bundesrat in seiner Initiative unterstützen.

Kritik von der Opposition

Wie bereits gestern bekannt wurde, wird die FDP als Teil der Bundesregierung den Verbotsantrag des Bundesrats nicht unterstützen. Die Opposition hingegen kritisierte die Entscheidung der Regierungsparteien. Der Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit meinte dazu: „Wer nicht kämpft, hat bereits verloren.“ Wowereit erklärte weiter, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel es wie jedes Mal vorziehe, zunächst abzuwarten: „Allerdings hätte die CDU ihre Position deutlich machen müssen.“

Kein Verbotsantrag des Bundestags

Nachdem die Bundesregierung einen eigenen Verbotsantrag ablehnt, liegt die Aufmerksamkeit nun auf dem Bundestag. Die in der Opposition sitzende SPD und die Linkspartei übt Druck im Parlament aus, einen eigenen Verbotsantrag zu stellen. Die Grünen hingegen sind sich uneins. Innerhalb der Grünen gibt es sowohl Befürworter als auch Gegner für den Verbotsantrag. Zu erwarten ist, dass sich die Abgeordneten von CDU und CSU gegen einen eigenen Verbotsantrag des Bundestags aussprechen werden.

FDP-Minister gegen NPD-Verbot
Zaman, 19.03.2013, S. 19

Die FDP-Fraktion im Bundestag erklärte, dass sie gegen ein Parteiverbot der NPD sind. Die FDP lehnt einen Verbotsantrag des Bundestags ab. Der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler erklärt hierzu: „Wir werden den Verbotsantrag nicht unterstützen.“

Diese Erklärung führte zu Verstimmungen mit dem großen Koalitionspartner in der Regierung.

Der Bundesrat wird, wie zuvor schon bekannt gegeben, einen Verbotsantrag der NPD beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Der Antrag des Bundesrats, der mehrheitlich aus den Oppositionsparteien besteht, wird kritisch von Seiten der Regierung betrachtet. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht sich dadurch mit der Opposition der FDP konfrontiert. Erwartet wird nämlich, dass die Bundeskanzlerin den Verbotsantrag des Bundesrates unterstützt.

TÜRKEI – EU

Erdoğan kommt nach Europa

Hürriyet, 19.03.2013

Der türkische Ministerpräsident wird zwischen dem 19. und dem 21. März in die Niederlande und nach Dänemark reisen, um sich dort sowohl mit den Königinnen als auch mit den Premierministern zu treffen.

Bei seinem letzten Besuch im Jahr 2005 in Dänemark, kam es während einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem dänischen Premierminister Anders Fogh Rasmussen, zu einem Eklat, da ein Journalist des Kurdisch sprachigen Senders Roj TV nicht aus dem Raum verwiesen wurde. Daraufhin verweigerte der türkische Ministerpräsident seine Teilnahme an der Pressekonferenz und reist in die Türkei ab.

Neben seinen Treffen mit den Königshäusern und wird Ministerpräsident Erdoğan über die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU sprechen. Hinsichtlich der Beschleunigung des Verhandlungsprozesses zwischen der EU und der Türkei, wird Ministerpräsident Erdoğan den Schwerpunkt auf den Demokratisierungsprozess in der Türkei, die Menschenrechte und die Wirtschaft in den gemeinsamen Gesprächen legen.

AUTORIN NEWSLETTER: DR. MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT – PROF. DR. MATHIAS ROHE
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.ISLAMEDIA.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT. ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.